

Pressemitteilung vom 24.09.2015

Glyphosat in Wasserschutzgebieten inakzeptabel BUND kritisiert Haltung des Landkreises

"Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass der Landkreis Rotenburg den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln in Wasserschutzgebieten (WSG) auch künftig genehmigen will. Seitdem die Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend bezeichnet hat, sollte diese Chemikalie aus Gründen der Vorsorge nicht mehr eingesetzt werden." So Manfred Radtke von der Kreisgruppe Rotenburg des BUND.

Für den Umbruch von Grünland in WSG bedarf es einer Genehmigung. Üblicherweise wird die Fläche zunächst mit einem glyphosathaltigen Mittel (z. B. Roundup) totgespritzt, bevor eine Neueinsaat erfolgt. Die Genehmigung für die Verwendung von Glyphosat in der EU läuft Ende des Jahres aus. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das der EU zu Glyphosat berichtet, hat dessen Unbedenklichkeit bescheinigt.

Radtke: "Die Aussage der WHO, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserregend ist, beruht auf einer ganzen Reihe von Studien, z. B. aus Argentinien, Neuseeland und der Universität Leipzig. Eine aktuelle Recherche des Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN Germany) hat eine wichtige Lücke bei der Risikobewertung von Glyphosat durch das BfR aufgedeckt. Demnach gibt es derzeit mindestens zehn Studien, die zeigen, dass Glyphosat in Zellen sogenannten „oxidativen Stress“ auslöst, der auch zur Krebsentstehung führen kann. Diesen Wirkungsmechanismus hat das BfR jedoch außer Acht gelassen."

Das BfR nutzte für seinen Bewertungsbericht über Glyphosat nach Angaben des Münchner Umweltinstituts offenbar auch Leserbriefe von MitarbeiterInnen des Konzerns Monsanto als "Studien". Insgesamt 14 Leserbriefe an Fachzeitschriften finden sich in einer Liste von 92 Studien, die das BfR in seinem Bewertungsbericht herangezogen habe, um zu erörtern, ob Glyphosat krebserregend ist.

Radtke: "Für den BUND hat das in Europa geltende Prinzip der Vorsorge Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen von Monsanto und anderer Firmen. Dass die mit Roundup arbeitenden Landwirte sich in erster Linie selbst gefährden, ist eine Sache. Die andere ist, dass der Einsatz von Glyphosat ausgerechnet in Wasserschutzgebieten nicht zu verstehen. Erfreulich an der ganzen Diskussion ist immerhin, dass inzwischen mehrere Baumärkte glyphosathaltige Mittel aus ihrem Sortiment entfernt haben."